

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. F. Altkirch & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. eseritz bei Ph. Matthias.

# Posener Zeitung.

Dreundachtzigster

Jahrgang.

Annoncen:

Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Nr. 89.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzelle oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

**Berlin, 4. Febr.** Der König hat geruht: den Ober-Landesgerichts-Rath Dr. Bloch zu Königsberg i. Pr. zum Direktor des Landgerichts in Breslau, und den Gutsbesitzer Max Eduard Wessel auf Sparau zum Landrath des Kreises Stuhm zu ernennen; sowie dem Obertribunals-Rath Dr. D. Kanzei-Rath Daut hier selbst den Charakter als Geh. Kanzei-Rath, und dem bisherigen Kreissekretär Niehl in Marienwerder den Charakter als Kanzei-Rath zu verleihen.

Der praktische Arzt Dr. med. Kahlweiß ist, mit Belassung des Wohnsitzes in Brandenburg, zum Kreis-Wundarzt des Kreises Heiligenbeil ernannt worden.

Der König hat geruht: dem Einjährig-Freiwilligen Karl Bleich im Westfälischen Füsilier-Regiment Nr. 37 die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

## Vom Landtage.

### 52. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 4. Februar. 11 Uhr.** Am Ministertische Maybach, Bitter und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Gesetzesentwurfs, betreffend den Erwerb des Rheinischen und des Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Unternehmens für den Staat.

§ 1 ertheilt der Staatsregierung die Ermächtigung, die beiden Bahnen auf Grund der am 13. Dezember und 24. Dezember abgeschlossenen Verträge in Betrieb zu übernehmen.

Abg. Röckerath: Ich habe in der Kommission für die Verstaatlichung von Berlin-Potsdam gestimmt, erkläre mich aber auch jetzt noch gegen den Ankauf der Rheinischen, weil meine Bedenken betreffs ihrer Rentabilität nicht beseitigt worden sind. Eigentlich hat kein Mitglied der Kommission das Geschäft als ein günstiges bezeichnet. Nach der Denkschrift der Regierung wird das Unternehmen sich in der nächsten Zeit heben, aber mit der Ausdehnung des Bahnnetzes und der Inbetriebsetzung der neuen Linien muß die kilometerische Reineinnahme sich vermindern, während die Ausgaben nicht weiter reduzierbar sind. Dazu die Erhöhung des Aktienkapitals im vorigen Sommer um 25 pCt., die wahrscheinliche Mindereinnahme wird sich also von 1883 ab auf ein um den vierten Theil größeres Aktienkapital vertheilen. Der erwartete Gewinn aus der Werthvermehrung der Grundstücke, welche die Bahn besonders in Köln besitzt, hängt von der Vererbung ab, welche die Staatsregierung von diesen Grundstücken zu machen gedenkt, verwendet sie die Grundstücke einfach zu Bahnanlagen, so kommt der Verkaufsvertheil derselben gar nicht zur Geltung. Das kann nur geschehen, wenn die Regierung den Bahnhof der Köln-Mindener und Rheinischen Bahn vereinigt und auf einen anderen Platz verlegt, die Grundstücke aber verkauft. Die Pläne des Herrn Kriegsministers scheinen der in Köln so sehr erlebten Erweiterung der Stadt keineswegs günstig zu sein, von dieser Erweiterung hängt aber auch die Möglichkeit einer Verlegung des Bahnhofes und die gewinnreiche Vererbung der Bahngrundstücke ab. Ein weiteres Bedenken der Kommission betraf die zukünftige Stellung der Beamten. Die Privatdirektionen stellen die höheren Beamten lediglich nach ihrer Befähigung an und die Regierung hat in der Kommission erklärt, daß auch in Zukunft nur technische Rücksichten und nicht etwa der kirchenpolitische Standpunkt der Angestellten maßgebend sein solle. In den Kreisen der unteren Beamten herrscht die Befürchtung, daß die Regierung zu Gunsten der Militäranwärter umfassende Kündigungen vornehmen wird. Beamte, welche der einheimischen Bevölkerung entnommen sind, können eher mit einem geringeren Gehalt auskommen, weil sie Nebenbeschäftigungen für sich und ihre Familie haben. Aus diesem Grunde und im Interesse der Bevölkerung empfiehlt es sich nicht ganze Ströme östlicher, unsere Anschauungen nicht theilender Beamten in die Rheinprovinz zu lenken. Ferner sollte die Regierung mittheilen, in welcher Folge sie die Prioritäten zu kündigen gedenkt um Schutze der Privatbesitzer gegen die Börsenspekulation. Es hört sich jetzt sehr gut an, daß die preussischen Konjols einen so hohen Cours haben, man darf sich aber im Lande nicht täuschen, er wird sich aber auf die Dauer nicht halten, wenn im weiteren Verlauf der Verstaatlichung noch 2-3 Milliarden auf den Markt geworfen werden.

Abg. Wedell-Malchow: Die Verstaatlichung der Rheinischen Bahn liegt im Interesse der Rheinlande, und die Besitzer, die sich lange gegen den Verkauf gestäubt haben, verstanden es recht wohl, ihren Vortheil zu verfolgen; aber so schlimm, wie der Abg. Röckerath sie hinstellt, ist die Sache denn doch nicht. Der vorliegende Bericht rechnet auch unter den ungünstigsten Verhältnissen eine sichere Rente von 6 1/2 Prozent heraus, so daß wir jedenfalls auf die Rente kommen, die wir den Besitzern zahlen. Der Abg. Röckerath verlangt einen Plan des Finanzministers über die Konvertirung der Prioritäten. Wäre er Finanzminister, er würde auch keinen vorlegen, der nur zur Ausbeutung für den sogenannten Giftbaum dienen würde. Wenn die 3 Proz. englischen Konjols ihren hohen Stand zu behaupten wissen, dann sehe ich nicht ein, warum die 4 Proz. Konjols eines so gut und sicher fundirten Landes wie Preußen unter Pari stehen sollen.

Abg. Berger: Ich sage in diesem Stadium der Verhandlung kein Wort mehr gegen die Verstaatlichung der Bahnen. Gleichwohl muß ich die Freiheit in Anspruch nehmen, auch zu diesem Projekt einfach Nein zu sagen. Ich konstatire nur, daß nach der Erklärung der Regierung wie der Kommission beide Eisenbahn-Unternehmungen in einem ganz vorzüglichen Zustande in die Hände des Staates übergehen. Die Höhe der Erneuerungsfonds beweist die bisherige gewissenhafte Administration. Dies in dem Augenblick zu konstatiren, in welchem sie ihr Ende erreicht, ist eine Pflicht der Dankbarkeit. (Beifall.) Zu erwägen wäre wohl, ob die Westermalbahn nicht statt in Engers, in Vallendar, dem Hafenplatz für die Thonindustrie, auslaufen sollte. Darin hat der Minister Recht, wenn er sagt, daß der rechtsrheinische Verkehr sich bis dahin in einem Zustande der Vernachlässigung befunden hat. Die Interessen der rheinischen Gesellschaft gravitiren wesentlich nach der linksrheinischen Seite hin und sie glaubte, nach meiner Meinung in nicht richtiger Erkenntnis ihrer Interessen, den rechtsrheinischen Verkehr zurückstellen zu müssen.

Geh. Rath Bredfeldt: Der Abg. Röckerath rühmt die Intelligenz und das Geschick der Direktion der Rheinischen Bahn. Nun hat aber diese Direktion den Vertrag den Aktionären zur Nichtannahme empfohlen und damit gesagt, daß sie das Gebot der Regierung noch

für kein hinlängliches Aequivalent halte. Also muß das letztere doch mindestens den Werth haben, den die Regierung dafür bietet. Daß der Verkehr zurückgehen wird, glaube ich nicht; denn er ist überall im Wachsen, und wenn auch die Preise für Materialien steigen, so treten doch auch Ersparnisse durch gemeinsame Verwaltung u. s. w. ein. Es kann ferner mit Rücksicht auf den hohen Erneuerungsfonds der Rheinischen Bahn der Reservefonds um jährlich 1,100,000 Mark reduziert werden, was einer Dividende von 1 Prozent gleichkommt. Auch bezüglich der politischen und konfessionellen Stellung der Bahnbeamten hat Herr Röckerath Befürchtungen geäußert. Sie sind ebenso unbegründet wie die bezüglich der Zukunftsstellung der Beamten, bei der mit größter Schonung und unter Verwendung der bei einer Bahn disponiblen Beamten bei einer andern Bahn vorgegangen werden wird.

Abg. Kleiß v. Bornstedt giebt der Befürchtung bezüglich Abgehens der Abonnements für den Lokalverkehr auf der Berlin-Magdeburger und Lehnert Bahn Ausdruck und bittet die Regierung um Beibehaltung derselben.

Abg. Windthorst: Aus der Diskussion über diese Bahn ergibt sich verschiedenes Lehrreiche für die Akquisition der Privatbahnen überhaupt. Wie tief die Sache einschneidet, zeigte die gestrige Verhandlung. Wir werden bald aus dem Lande so massenhafte Forderungen von Sekundärbahnen, welche in Vollbahnen umgewandelt sein wollen, von Tarifänderungen u. dgl. bekommen, daß wir außerordentlich fester Abgeordneter bedürfen. Darum kann ich auch heute zu meinem Bedauern nicht anders als Nein sagen. Ich wünsche und hoffe, daß unsere Konjols ihren hohen Kurs behalten mögen, muß aber doch dem Abg. v. Wedell sagen, daß durch die bloße Versicherung, sie würden nicht fallen, die Sache sich noch nicht realisiert. Ich habe nie gesehen, daß die Papiere eines Staates dauernd steigen, der solch enorme Schulden macht. Darum wünsche ich ein langsames Tempo auf dem eingeschlagenen Wege, auch im Interesse des Privatbesitzes. Ich habe zu der ruhigen, nüchternen Haltung unseres Finanzministers das Vertrauen, daß er die geltend gemachten Bedenken erwägt und dem Drängen einzelner großer Geldmächte Widerstand zu leisten wissen wird. Nie hat Preußen einen Finanzminister von solcher Nüchternheit nötig gehabt; alle Phantastereien auf diesem Gebiete sind gerade heute vom Uebel. Bezüglich der Potsdam-Magdeburger Bahn möchte ich auf den Stand der Verhandlungen mit Braunschweig aufmerksam machen, soweit der braunschweigische Antheil in Betracht kommt. Unsere Regierung hat der braunschweigischen Mitteilung von der Absicht dieser Akquisition gemacht. Dort wurde hierauf der Vertrag erbeten und unsererseits mitgetheilt, die Antwort der braunschweigischen Regierung steht jedoch nach dem Bericht noch aus, ohne daß Gründe hierfür angegeben sind. Meiner Ansicht nach ist zur Effektuirung des Vertrages die Zustimmung der braunschweigischen Regierung erforderlich.

Der Finanzminister: Der Abg. Windthorst hat anerkannt, daß ich nüchtern zu Werke gehe; die Zeit wird ihn überzeugen, daß er sich darin nicht getäuscht hat. Ich werde bei Kündigung der Prioritäten unter allen Umständen sehr vorsichtig zu Werke gehen und die etwa eintretenden Momente keineswegs bloß aus der Lage des Geldmarktes, sondern auch aus den allgemeinen Verhältnissen schöpfen und jede Operation vermeiden, welche Privatinteressen schädigen könnte. Den Bedenken gegen das Verlangen der Vorlegung eines Planes für die Konvertirung kann ich nur beipflichten. Die Vorlegung eines solchen würde nur von der Börsenspekulation ausgenutzt und die Regierung und die Prioritäteninhaber würden schlechte Geschäfte dabei machen. Besonders liegt die Kündigung der 4 Prozentigen, an deren ruhigem Besitz den Rheinländern viel gelegen zu sein scheint, nicht in meiner Absicht. Was den jetzigen Cours der Konjols betrifft, die seit 6-8 Tagen in plötzlicher Steigerung begriffen sind und jetzt 101 stehen, so ist er allerdings ein ungewöhnlich hoher. Aber er ist auch nach allen Seiten hin wohl erklärlich. Es zeigt sich von allen Seiten her großer Bedarf, und da ich glücklicherweise nicht in der Lage bin, jetzt noch neue Konjols auszugeben, steigt der Cours. Der Bedarf ist aber dadurch gesteigert worden, daß unsere Papiere Wertpapiere geworden sind und auf den ausländischen Markt gekommen sind. Ob sie diesen hohen Cours dauernd behalten werden, läßt sich mit einiger Bestimmtheit nicht sagen. Eine schwindelhafte Höhe haben sie nicht erreicht und werden sie nicht erreichen. Der Cours wird wohl noch etwas nachgeben und mit der Zeit der normale Zustand wieder hergestellt werden. Im Allgemeinen halte ich diese Bewegung noch nicht für ungefährlich; sollte sich aber auch ein Steigen der übrigen Effekten anschließen, so wäre es wohl wünschenswerth, — wenn ich die Mittel dazu hätte — dagegen einzuschreiten durch vermehrte Ausgabe von Konjols. Dieses Mittel habe ich aber nicht; wir brauchen keine neuen Konjols, da wir in der Lage sind, unsere Ausgaben aus unseren Einnahmen zu bestreiten.

Abg. Sammach: Ich habe in der Rede des Finanzministers eine Bemerkung darüber vermisst, ob die Regierung selbst an der Einführung der preussischen Konjols auf dem ausländischen Markt theilnimmt und nehme an, daß diese nur durch die freie Thätigkeit von Finanzleuten und nicht durch die Regierung verursacht ist, denn letzteres stände in einem bedauerlichen Widerspruch zu seiner Erklärung im Dezember v. J., daß er die Einführung preussischer Anleihen auf dem ausländischen Markt durch die Regierung für eine große Gefahr halte. Sehr befriedigend ist die Erklärung des Ministers, daß er bei der Ausgabe der Konjols eben so sehr auf die allgemeine Geschäftslage wie auf die Herbeiführung finanzieller Ersparnisse sehen werde. Darin liegt der Schwerpunkt; denn wir werden oft darauf hingewiesen, daß von der jetzigen Entwicklung sehr zu befürchten sei, es möchten sich die Erscheinungen wiederholen, die in Folge des Milliardenengens eingetreten sind. Die ruhigen Besitzer der Prioritätsobligationen kommen in die größte Verlegenheit, wenn sie diese Papiere verlieren und keine Gelegenheit finden, andere sichere Werthe zu erwerben. Sie werden dadurch zum Erwerbe unsolider Papiere verleitet. Die Kommission war nicht der Ansicht, daß die Regierung von der Einwilligung der braunschweigischen Regierung zum Erwerbe der in ihrem Gebiet liegenden Bahnteile abzusehen habe, selbst wenn die braunschweigische Regierung ein Recht habe, diese Genehmigung zu verlangen. Ein solches Recht hat sie nach meiner Ansicht nicht, denn der § 16 der Statuten der braunschweigischen verlangt nur, daß die Veräußerung dieser Bahn, die im Besitze der Bergisch-Märkischen und der Potsdamer Bahn sich befindet, nur durch einen in der Form einer Statutenänderung gefassten Beschluß, also durch 2/3 Majorität erfolgen müsse; eine Verabredung, die nur im Interesse der beiden genannten Condonimi getroffen ist, aber die Veräußerung der Bahn noch nicht zu einer wirklichen Statutenänderung macht. Die braunschweigische Regierung hat auch nicht den mindesten Grund die Genehmigung zu verweigern, da die Verwaltung

nach den Grundsätzen erfolgen wird, die bei Ertheilung der Konzession vorausgesetzt wurden, auch die Bahn im Stande bleibt, die an die Regierung zu zahlende Annuität aufzubringen, also weder wirtschaftlich noch finanziell für Braunschweig ein Schaden entsteht. Was die Rheinischen Bahnen betrifft, so hat die Kommission ihren Ankauf nicht als ein für den Staat ungünstiges Geschäft betrachtet; nur glaubte sie nicht so bestimmt, wie bei Köln-Minden und Magdeburg-Halberstadt behaupten zu können, daß der Staat auf keinen Fall einen finanziellen Nachtheil dabei erfahren werde. Es sind nämlich 220 Km. erst im Jahre 1879 neu eröffnet, die in den ersten Monaten sehr geringe Erträge geliefert haben.

Der Finanzminister: Ich habe mich am 12. Dezember v. J. sehr bestimmt dahin ausgesprochen, daß ich nicht daran denke, den ausländischen Markt in Holland und England aufzusuchen für preussische Konjols, weil ich dies für politisch unerwünscht halte, da das Aufsuchen des ausländischen Marktes nur denjenigen Staaten zusteht, die in ihrem Innern nicht die Kraft und den Kredit finden, um sich zu helfen, und weil durch solche Operationen dem Staate große Opfer auferlegt werden. Die Voraussetzung des Vorredners, daß die Regierung an der Einführung der preussischen Konjols auf dem ausländischen Markt nicht theilnimmt, ist vollkommen richtig. Ich habe mich in keiner Weise darauf eingelassen und alle darauf bezüglichen Anträge abgewiesen. Daß die Konjols inzwischen den englischen Markt gefunden haben, kann ich nur mit großer Befriedigung sehen und wird dies auch wohl von allen Seiten mit Freuden begrüßt werden.

Abg. Virchow: Bis jetzt hat wohl Niemand geglaubt, daß der Finanzminister selbst schuld an den Operationen des Londoner Geldmarktes sei. Aber es fragt sich, ob nicht ihm nahe stehende Personen diese Dinge eingeleitet haben. Das Konjolum, dessen sich der Minister sonst zur Begehung von Anleihen im Inlande bedient, fühlte sich bei der Eisenbahnoperation nicht stark genug mit seinen inländischen Kräften und mußte ausländische heranziehen. Diese haben sich jetzt mit den preussischen Staatspapieren versehen, aber nicht um darin zu schwelgen, sondern um sie theurer wieder zu verkaufen. Dazu gehört aber, daß die preussischen Konjols auch an den ausländischen Börsen einen Cours haben. Gleichviel nun, ob der Minister direkt oder indirekt uns den ausländischen Markt eröffnet, wir werden dadurch jedenfalls dem Auslande tributär, und es zeigt dies, daß der Staat nicht mehr die Kraft hat, sich in sich selbst den Kredit zu verschaffen. Darin lag eben das große finanzielle Bedenken der Gegner der Verstaatlichung. Wir könnten den nötigen Kredit im Inlande finden, wenn der Finanzminister günstigere Bedingungen bieten könnte; er kann aber den Personen, die er aus dem Besitz besser rentirender Papiere hinaussetzt, nicht sein schlechter rentirenden Konjols aufzwingen. Die Operationen, die jetzt gemacht werden, und die nur durch Schaffung eines flottirenden Kapitals möglich sind, beweisen, welche Summen bei uns nach anderer Richtung hin ihre Anlage suchen. Ob diese eine sichere sein wird, kann Niemand beurtheilen. Ich besorge, daß viele eine unsichere Anlage wählen werden, weil sie momentan höhere Zinsen trägt. Aber dagegen kann der Minister mit aller seiner Nüchternheit (Heiterkeit) Nichts machen, der preussische Staatskredit wird mehr und mehr abhängig nicht nur von dem Giftbaum im eigenen Lande, sondern von den europäischen Börsen. Der Minister wird sagen, er sei nicht schuld an den Börsenoperationen, welche vorgenommen wurden, um die Aktionäre bei den Generalversammlungen zu überstimmen. Der Abg. Langerhans hat schon einen der vorgekommenen Mißbräuche vorgetragen. Weiß der Redner nunmehr, ob das Siegel der Reichsbank gestohlen (Ob! rechts) oder mit Genehmigung des Kuratoriums gebraucht worden? Jetzt, wo Berlin-Anhalt der Verstaatlichung entgegengeht, soll ihr ein durch Dazwischen fortgeführtes Verhältniß in den Zügen abgezeichnet werden. Wenn man den Privatbahnen so die Lebensader abschneidet, dann müssen sie freilich selbst den Hilferuf nach Verstaatlichung erheben. Die Regierung hat entgegen dem Wunsche der Aktionäre den Verträgen eine juristisch sehr bedenkliche Form gegeben, statt einfach Kaufverträge zu schließen. Aber über solche Bedenken legt man sich jetzt bei uns hinweg, wenn der Staat etwas unternimmt. Auch die Gerichte gewöhnen sich an den Gedanken, daß, wenn die Regierung gesprochen, alle Bedenken schwinden. Die Staatsjurisprudenz legte sich über die Bedenken bei den Verträgen mit Kurhessen und Hannover hinweg, die Eisenbahnjurisprudenz bei dem Vertrag mit der Berliner Stadtbahn. Wir sollten doch diesmal Abstand nehmen, uns dem Widerspruch der braunschweigischen Regierung auszuweichen, deren bundesrechtliche Beziehungen vielleicht dadurch gebrochen werden. (Beifall links.)

Minister Bitter: Bezüglich des von dem Abg. Langerhans vorgetragenen Falles habe ich bei dem Reichsbankdirektorium um Aufklärung gebeten. Dieses hat von dem Comtoir für Werthpapiere einen Bericht eingefordert und erhalten, in welchem gesagt wird, es seien von verschiedenen Deponenten von Aktien der Berlin-Potsdamer Bahn an das Comtoir Anträge gestellt, ihre Vertretung in den Generalversammlungen zu übernehmen. Diese Anträge seien ebenso wie ein anderer Antrag der Deutschen Handelsgesellschaft, ihr die Namen der Deponenten zu nennen, abgelehnt worden. Dagegen habe das Comtoir keinen Anstand genommen, den Deponenten größerer Summen von Berlin-Potsdamer Stammaktien die Zirkulare der Deutschen Handelsgesellschaft, in welchen diese sich zur Vertretung erbot, zu überreichen, weil das Comtoir es für seine Pflicht hielt, die Deponenten von allen Vorcommissionen, welche sich auf die von ihnen niedergelegten Papiere beziehen, rechtzeitig in Kenntniß zu setzen. (Rufe links: Jamos!) Der gleichen Annoncen würden den Deponenten täglich zugesandt, und es habe hier kein Grund vorgelegen, von dieser Praxis abzuweichen. Ungehörig sei es von dem Comtoir nur gewesen, die Briefe mit der Firma der Deutschen Handelsgesellschaft unter dem Dienststempel abgeben zu lassen. Der betreffende Beamte behauptete, daß der Vorsteher des Comtoirs dies gutgeheißen; diesem sei aber davon nichts bekannt. Das Reichsbankdirektorium bemerkt zu diesem Bericht, daß der Vorfall erst jetzt zu seiner Kenntniß komme, daß es dem schuldigen Beamten einen ernstlichen Verweis wegen mißbräuchlicher Benutzung des Dienststempels ertheilt und dem Comtoir die Befugniß entzogen habe, sich der Oblaten mit dem Reichsbankdienststempel zu bedienen. Es liegt also nur eine Ungehörigkeit des Beamten, respektive eine ungehörige Benutzung des Dienststempels vor, und das Direktorium hat Remedur geschaffen. Wollen Sie aber die Sache weiter verfolgen, so bitte ich, sich an die kompetente Instanz, die Reichsbehörden zu wenden. (Beifall rechts, Gelächter links.)

Minister Maybach: Ich bemerke zu diesen Mittheilungen noch, daß nach der Auskunft, die ich von dem Reichsbankdirektorium erhalten habe, das Comtoir, welches mit der eigentlichen Verwaltung der Werthpapiere betraut ist, die Zahl der versandten Zirkulare auf 30

schäft, während die Zahl der Deponenten von Berlin-Potsdamer Aktien 383 betrug. Die allgemeinen Bedenken des Abg. Borchow sind bereits in der Generaldiskussion erledigt. Er wies darauf hin, daß der Anhalter Bahn durch Kündigung eines langjährigen Abkommens der Verkehr nach Frankfurt a. M. entzogen werden solle. Ich muß dies berichtigen. Die Frage, welche Zahl von Wagen in einem Zuge von Bebra bis Frankfurt aus den kombinierten Zügen von Hamburg, Bremen u. s. w. geführt werden soll, unterliegt allerdings einer ernstlichen Erwägung. Man kann nicht alle Wagen, die gleichzeitig von 4 bis 5 Routen in Bebra zusammenkommen, in einem Zuge fortführen. Die Wagen aber, die im Interesse des Publikums weiter geführt werden müssen, werden aber fortgeführt werden. Sollte eine Beschränkung nötig werden, so wird sie die neu hinzugekommene Linie Nordhausen zu Gunsten der Route von Eisenach treffen. In keinem Fall aber soll das Publikum darunter leiden. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abgeordneter Langerhans, daß er durchaus berechtigt gewesen sei, die Affaire mit dem Siegel der Reichsbank hier zur Sprache zu bringen, da der Finanzminister Mitglied des Kuratoriums derselben sei, und daß er die Sache bei der dritten Lesung noch weiter verfolgen werde.

In namentlicher Abstimmung wird der Ankauf der Rheinischen Eisenbahn mit 223 gegen 144 Stimmen genehmigt; der Ankauf der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn desgleichen.

§ 2 ermächtigt die Regierung, die Aktien der beiden genannten Bahnen in 4prozentige Staatsschuldverschreibungen umzutauschen.

Abg. v. Cynern: Von der Einführung der Konfols auf den englischen Markt sei die Fortschrittspartei nicht sehr befriedigt, er halte sie für sehr erfreulich; die Gefahr, daß Preußen dadurch dem Auslande tributär wird, wie Borchow behauptete, lasse sich nur vermeiden, wenn man Ausländern überhaupt den Ankauf von Konfols verbiete, was doch nicht recht zu den Theorien der Freihändler stimme. Ferner habe man behauptet, der Staatskredit werde sinken, wenn man so bedeutende Schulden mache. Anlagen für produktive Zwecke, die sofort eine Verzinsung bringen, seien keine Schulden. Der Stand der preussischen Konfols sei ein verhältnismäßig niedriger, der Kurs würde noch weiter steigen, je mehr die Sicherheit der preussischen Konfols erkannt werde. Redner will für sein Votum die ganze und volle Verantwortlichkeit übernehmen, Berger aber möge dasselbe thun in Bezug auf sein Votum für Berlin-Weßlar, welche Linie das Staatsbahnsystem inaugurirt habe. Er und seine Freunde stimmten auch für diesen zweiten Schritt, während Berger zwar den ersten Schritt gemacht habe, aber nicht die Kraft besitze, den zweiten zu machen. (Beifall.)

Abg. Koederath: Was den Cours der Konfols betrifft, so werden dem Vorredner bald die Thatfachen die Antwort geben; ich wollte nur die Gelegenheit benutzen, dem Finanzminister für seine beruhigenden Erklärungen in Betreff der Konvertirung zu danken.

Abg. Berger erklärt, daß er für Berlin-Weßlar nicht in dem Sinne gestimmt habe, weil die Linie das Staatsbahnsystem einführe, sondern nur, weil sie die Verbindung zwischen dem östlichen und dem westlichen Staatsbahnnetz herstelle.

Abg. Richter: Der Widerspruch, in den der Herr Finanzminister in Bezug auf die Einführung preussischer Konfols an ausländischen Börsen mit seinen Auslassungen im Dezember getreten ist, tritt doch gar zu drastisch hervor. Heute erklärt er, es sei erfreulich und befriedigend, wenn die Konfols auf den englischen Markt kämen. Damals erklärte er: Wir haben es, Gott sei Dank, nicht nötig, daß die Konfols den fremden Markt ausfüllen. Andernfalls würden wir in die Lage von Staaten kommen, welche die Kraft nicht mehr in ihren eigenen Verhältnissen haben, wie die Türkei. Aus dem Widerspruch sucht der Herr Minister herauszukommen, indem er den Nachdruck legt auf das Wort „ausfüllen“. Vom Minister und der londoner Börse kann man auch sagen: „Halb sage sie ihn, halb sank er hin“, so kamen die Konfols in die londoner Börse. Ich wies schon im Dezember darauf hin, daß der Umfang der beabsichtigten Operation mit Nothwendigkeit die Konfols auf den ausländischen Markt drängen werde. Ich konnte nicht erwarten, daß sich dies schon so bald bei der ersten Ausgabe von 120 Millionen bewahrheiten werde. Zudem handelt es sich hierbei nicht um neue Kapitalanlagen, sondern es sind die gekündigten Prioritätsbesitzer, welche die konvertirten Konfols auf den Markt bringen. Was kaufen sie nun für die verkauften Konfols? Nach den Börsenberichten ausländische Renten, die höheren Zins bringen, aber weniger sicher sind. Was ist also die Wirkung der ganzen Operation? Das Ausland kauft unsere sicheren Papiere und wir kaufen unsichere ausländische. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Im Dezember sollte die rechte Seite dem Minister Beifall, als er sich gegen die Einführung der Konfols in das Ausland aussprach. Heute rufen Sie Beifall seiner entgegengesetzten Meinung. Ich behaupte, daß schon heute die preussischen Finanzen viel mehr vom Kaufe Bleichröder vermarktet werden, als vom preussischen Finanzminister. (Oh! rechts. Sehr richtig! links.) Jeder Finanzminister verfällt immer mehr dem Einflusse des Konjunkturs, zumal wenn sich dasselbe immer aus denselben Personen zusammenstellt. (Sehr gut! links.) Dabei will ich noch gar nicht von den hinter Bleichröder stehenden Kräften sprechen. Allerdings ist der Cours der Konfols jetzt sehr hoch. Allerdings verkauft jetzt gerade Bleichröder und so lange er Konfols noch zu verkaufen hat, hat er ein Interesse an dem hohen Cours. Aber warten wir nur ein wenig. Wenn jene Herren neue Konfols beim Finanzminister einkaufen müssen, wird der Cours dermaßen fallen, daß das Konjunktium bei niedrigem Belegungs Cours eine Differenz von Millionen in die Tasche steckt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Baare: In Hinsicht auf meine große Jugend gegenüber dem geehrten Herrn Vorredner (Große Heiterkeit) habe ich bis jetzt auf das Goch nicht verzichtet. Nachdem aber diese trockene Konfolsfrage einmal angeregt ist, dürfen wir sie nicht vom Standpunkt des Gelehrten, sondern vom praktischen Standpunkt aus behandeln. Die londoner Börse und Finanzwelt werden kaum verstehen, warum wir hier über eine so einfache Frage so lange Reden halten. (Sehr richtig! rechts.) Der Zinsfuß in England ist eben viel billiger als hier; hieraus erklärt es sich von selbst, daß, wenn gute preussische Papiere in großen Quantitäten zu haben sind (mit einigen Millionen kann man natürlich kein internationales Papier schaffen, wohl aber mit einer Milliarde), dieselben am londoner Markt gern gekauft werden. Dieselben konnten früher in England keinen Kurs bekommen, weil sie der Auslösung unterworfen waren und weil die Engländer nicht gewöhnt sind, die Ziehungslisten zu kontrolliren, ob etwa so und so viel hundert Thaler preussische Papiere gezogen sind. Das ist dem großen englischen Publikum, welches Massenkapiel anlegt, nicht geläufig. Wenn man in England jetzt erfährt, daß hier zu produktiven Zwecken große Kapitalanlagen gemacht werden bei einer so soliden Finanzierung, wie wir sie in Preußen gewöhnt sind, so geschieht es, ohne daß der Finanzminister direkt oder indirekt sich Mühe zu geben braucht, ganz von selbst, daß die ausländische Börse auf unsere sicheren und höher verzinsten Papiere spekulirt. (Sehr richtig!) Wenn unser rentenbedürftiges Publikum ärmer ist als das ausländische, und mit 4 Prozent statt der bisherigen 4½ Prozent nicht auskommen zu können glaubt und deshalb österreichische Karl-Ludwigs-Bahn-Aktien und andere kauft, so halte ich das auch für kein großes Unglück. Ich wundere mich nur darüber, daß die Herren Kollegen von der Fortschrittspartei solche Fürsorge tragen für das kapitalanlegende Publikum, während sie doch sonst immer den Standpunkt vertreten, man müsse es der Einsicht des Individuums selbst überlassen, was es zu thun hat, und das Individuum müsse seine eigenen Erfahrungen auf eigene Kosten machen. Wenn Sie jetzt bedenken, daß in London die 3prozentigen Konfols al pari stehen, und Sie stellen sich vor, ein Engländer hat eine Einnahme aus seinen Konfols von 12,000 Pfd. Sterl. jährlich, so erhöht sich diese Einnahme, wenn das Kapital in preussischen Konfols angelegt wird, auf 16,000 Pfd. Ist das nicht Röder genug für die intelligenten Leute, die ihr

Geld unter unsicheren Verhältnissen in China, Japan und der ganzen Welt anlegen? Ich meine, die Sache wäre so natürlich, daß sie sich von selbst versteht. Politisch ist zu erwägen, daß gegenseitige Schulden zu guten Verbündeten machen. England würde, hätte es einen großen Theil seines Nationalvermögens in Deutschland angelegt, ein Interesse daran haben, daß es uns gut geht. Die Befürchtung, daß im Kriegsfall England die Konfols auf unseren Markt werfen würde, ist ganz unbegründet, denn im Kriegsfall sinken unsere Konfols auf 85 und 80 und dann fällt es den Engländern nicht ein, ihre Konfols hierherzubringen und zu verkaufen. Nach meiner Ansicht muß das Haus im Interesse der Nation dafür sorgen, daß für billiges Geld gewinnbringende Unternehmungen im Inlande errichtet werden. Und dazu zähle ich in erster Linie gut geleitete Privatbahnen. Ich bitte Sie wiederholt, lassen Sie sich durch solche Besorgnisse nicht abschrecken. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Der Vorredner tritt hier als der praktische Mann gegenüber den Gelehrten auf; ich muß ihm entgegen, daß die Auslösungspflicht nicht erst jetzt, sondern schon 1869 aufgehört hat; der Vorredner scheint ferner nicht zu wissen, daß die 4prozentigen Konfols nicht jetzt bloß so hoch stehen, sondern schon früher so hoch gestanden haben! Er scheint nicht zu wissen, daß der Unterschied des Geldpreises zwischen England und Deutschland früher noch mehr als jetzt bestanden hat. Wenn also früher schon diese Gründe für die Anlage in Konfols bestanden haben, ohne daß die Konfols in England eingeführt wurden, so liegt klar zu Tage, daß die Sachlage eine andere ist. Es hat sich bestätigt, was ich vorausgesetzt habe, daß die Konfols von selbst auf den englischen Markt gedrängt werden. Der Vorredner hat mit einer gewissen Lebhaftigkeit bemerkt, daß wir, die wir sonst doch so sehr die Freiheit des Individuums verteidigten, heute so bevormundet auftreten. Wir geben nicht den Leuten an der Börse Rath, sondern der Regierung bei Operationen, die sie vornimmt; unsere verantwortliche Stellung nötigt uns, die Börsenverhältnisse in Betracht zu ziehen, weil sie Voraussetzungen des Gelingens und Mißlingens sind. Wählungen die Operationen, so haben die Steuerzahler die Kosten zu tragen, nicht das Börsenpublikum. Heute beim Steigen des Schwindels sollte man es mit Freuden begrüßen, daß nicht erst nach dem Krach im Parlament davon gesprochen, sondern schon zur rechten Zeit gewarnt wird. Vielleicht werden sie nachher auch wieder kommen und sagen, das hat alles die Freihandelspartei gethan. Wenn der Abg. Baare endlich auf die Völkerverbrüderung hinweist, so der das Schuldenmachen führe, so möchte ich ihn darauf aufmerksam machen, daß die Uebernahme von sehr viel russischen Schulden bisher noch nicht diese Allianz sehr befördert hat. (Heiterkeit.)

Abg. v. Cynern: Bei dem großen Umfange der Transaktionen möchte ich wissen, wie sie anders gemacht werden sollen, als durch ein Konjunktium, man müßte sonst noch ein halbes Duzend Seehandlungen errichten. Der Abg. Richter prophesieit immer; es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn einmal eine Prophezeiung eintrifft. Wenn er dann in einer Kleinigkeit Recht gehabt hat, dann kommt er und sagt: Ich hab' es damals gleich gesagt. Zu seiner Regierungsvorlage sagt der Abg. Richter „ja“ (Widerspruch); natürlich, wer nichts schafft, kann seinen Fehler machen, wir aber, die praktisch für das Staatswohl arbeiten, können Fehler machen, denn unfehlbar sind wir nicht. Es ist ja möglich, daß manche Prophezeiungen, die man an die Verstaatlichung knüpft, sich erfüllen, daß das Verkehrs-Ministerium nicht alle Schwierigkeiten überwinden kann; dann müssen wir die Schwierigkeiten applaniren und unsere Fehler verbessern helfen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Bitter: Ich habe einer Bemerkung des Abg. Baare gegenüber ausgesprochen, daß es nicht im Interesse des preussischen Staates liegt, mit seinen Konfols den ausländischen Markt aufzusuchen, das ist nicht geschehen, weder mittelbar noch unmittelbar. Das Konjunktium als solches hat damit nichts zu thun gehabt, die einzelnen Bankhäuser werden ihren eigenen Weg gegangen sein. Ich sehe noch auf demselben Standpunkt wie früher. Wenn dann gesagt ist, daß die preussische Finanzverwaltung von den großen Bankhäusern abhängig sei, oder von ihnen geleitet werde, so denke ich von der Würde der Staatsregierung viel zu hoch, als daß ich die Leitung der Finanzangelegenheiten in die Hände der großen Bankiers geben würde. (Beifall.)

Abg. Baare: Ich habe nicht von der Börse gesprochen, wie der Abg. Richter behauptet, sondern von dem Individuum, und das ist doch der Steuerzahler. Die jetzige schwindelhafte Gasse hat mit den Konfols gar nichts zu thun. Wenn heute die Leute unsichere Papiere zu sehr hohen Preisen kaufen, so müssen doch die Verkäufer, welche das Geld erhalten, dasselbe wieder in sicheren Papieren anlegen. Hätten die Freihändler durch ihre falsche Wirtschaftspolitik nicht eine so ungeheure Waise veranlaßt, dann würden wir auch jetzt nicht die Reaktion dagegen, eine ebenio ungerechtfertigte Gasse haben.

Abg. Richter: Der Finanzminister hat sich auf das Bewußtsein der Würde berufen, welches der Regierung inne wohnt. Dieses wird ihr aber nichts nützen, wenn sie thatächlich solche Verhältnisse schafft, daß die preussischen Finanzen unter der Herrschaft der großen Geldmächte kommen müssen und dazu sind wir jetzt auf dem besten Wege. Der Abg. Baare hat wieder alles Schlechte in der Welt der Freihandelspartei zur Last gelegt. Er ist in seinen Jahresberichten erst vorsichtig geworden nach dem Krach. In den Jahren vorher sind seine Werke ausgedehnt worden und haben eine solche Ueberproduktion von Eisenbahnen hauptsächlich mitverschuldet, daß, selbst wenn wir jährlich Hunderte von Meilen Eisenbahnen in Deutschland bauen wollten, das Doppelte des Bedarfs produziert werden kann. Zum Glück braucht jetzt Amerika viel Schienen, daher die Preissteigerung, nicht von der einen Mark Zoll. Der Abg. v. Cynern wirft mir Prophezeiungen vor. Die Abgeordneten sollen allerdings vorher die Wirkungen der Gesetze erwägen, nicht erst flug fein, wenn sie vom Rathhaus herunterkommen. Heute sind wir allerdings in der Negative, aber es ist noch nicht lange her, wo wir mehr als die Konservativen positiv an der Gesetzgebung mitwirkten.

Abg. Richter: Zu meinem Bedauern hat der Abg. Baare wieder den gesammten jetzigen Nothstand den Freihändlern in die Schuhe geschoben. Diese Behauptung ist absolut haltlos. Im Jahre 1873 haben die Bundesregierungen, an ihrer Spitze Fürst Bismarck, die Aufhebung der Eisenzölle gewollt. Der in seiner Majorität damals freihändlerische Reichstag war es, der aus Rücksicht für diese Industrie und im Vertrauen auf das Kompromiß, daß die Eisenindustriellen dann auch nicht die Wiedereinführung von Eisenzöllen beantragen wollten, nicht so vorging und dieser Industrie eine weitere Frist gewährte. Hat man das Alles vergessen? Hat man die Stimmen vergessen, welche auch die Konservativen auf den Aufschwung der Industrie unter dem freihändlerischen Minister Delbrück anstimmten; nun sollen wir der Sündenbock für Alles sein. Die Preissteigerung kommt durch die Ankäufe Englands und Amerikas, sonst würde trotz des Schutzzölles die Eisenindustrie noch ebenso darniederliegen wie früher. Man soll dem Volke die Thatfachen richtig darstellen und in das Parlament nicht Schlagworte einführen, die dem Wissenden gegenüber doch nichts nützen.

Abg. Baare: Die Behauptungen des Abg. Richter über den Bochumer Verein sind absolut unrichtig. Dieser Verein hat nach dem französischen Kriege seine Werke nicht in Bezug auf die Produktionsfähigkeit ausgedehnt, sondern um das Fabrikat in sich zu verbessern. Zu diesem Zwecke hat sie Hörsen gebaut. (Heiterkeit links) und drei Millionen Mark für humane Zwecke zu Gunsten der Arbeiter ausgegeben.

Abg. Richter bemerkt, daß der Vorredner selbst seine persönlichen Verhältnisse zuerst durch Bezugnahme auf seine Jahresberichte in die parlamentarische Debatte gebracht und ihn dadurch zu einer Entgegnung provoziert habe. Derselbe habe auch die Vernehrung der Hörsen zugestanden.

§§ 2 bis 7 werden darauf angenommen.

§ 8 vinkulirt die Dispositionsbesugniß der Regierung in Bezug

auf die im Besitz der Berlin-Potsdam-Magdeburger Bahn befindlichen Aktien der Braunschweiger Bahn, sobald erstere Bahn in das Einvernehmen des Staates übergegangen ist.

Ein Antrag Sammachers bezweckt, diese Vinkulirung schon eintreten zu lassen, nachdem nur der Betrieb der Potsdamer Bahn auf den Staat übergegangen ist.

Mit diesem Antrage wird § 8 angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen der Vorlage unverändert und ohne Debatte nach den Kommissionsbeschlüssen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend den Ankauf der im großherzoglich heßischen Gebiet belegenen Strecke der Main-Weßer Bahn. Abg. Bork empfiehlt den Entwurf zur Annahme. Auf den Antrag des Abg. Sammacher beschließt das Haus, die Vorlage an die Eisenbahnkommission zu überweisen.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend das Höferecht in der Provinz Hannover.

Abg. v. Bennigsen bittet, den Gesetzentwurf, welcher den Wünschen der Provinzialvertretung entgegenkomme, ohne große Diskussion anzunehmen. Das Höferecht beschränke den Besitz in seiner Dispositionsfreiheit nicht im geringsten. Es bleibe ihm völlig freigestellt, ob er seinen Hof in die Höfrolle eintragen lassen will oder nicht, und auch im Falle der Eintragung bleibe ihm die freie Verfügung bei Lebzeiten und für den Todesfall. Der Entwurf erreiche also den Effekt der Sicherung des mittleren und kleinen Grundbesitzes unter voller Wahrung der Dispositionsfreiheit.

Abg. Windthorst schließt sich diesen Ausführungen vollkommen an; das Gesetz werde in Hannover mit großer Befriedigung aufgenommen werden.

Abg. Parisius erklärt, daß, wie schon früher bemerkt worden sei, das Haus auf einen erfolgreichen Widerstand stets verzichten müsse, sobald die Abgg. Windthorst und v. Bennigsen über eine Vorlage einig seien. Er wolle aber doch wenigstens erklären, daß ihm und seinen Freunden es nicht als angezeigt erscheine, eine Art von Fideikommiß für den Grundbesitz vom Bauernstande auf jeden Arbeiter auszu dehnen, der ein Haus besitz.

Abg. Windthorst dankt dem Vorredner für seine Resignation; im hannoverschen Höferecht sei übrigens vom Fideikommiß keine Rede.

Die Abgg. Lauenstein und Grumbrecht treten für die Vorlage ein, deren Vorzug darin bestehe, daß sie das Höferecht auf jeden Hof und auf die ganze Provinz ausdehne.

Darauf wird die Generaldiskussion geschlossen, und das Haus nimmt den Gesetzentwurf in zweiter Lesung ohne Debatte unverändert an.

Ein Vertagungsantrag wird genehmigt.

Abg. v. Bennigsen macht darauf aufmerksam, daß der Gesetzentwurf betreffend die Verwendung der aus Reichsteuern an Preußen gelangenden Summen noch in dieser Session berathen werden müsse, und bittet, denselben auf eine der nächsten Tagesordnungen zu setzen.

Der Präsident stellt das in Aussicht unter Hinweis auf einige demnächst anzuberaumende Abendsitzungen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Rul-tusetat.)

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 4. Februar. [Aus der Kommission für die Verwaltungs-gesetze.] In der gestrigen Sitzung der Kommission des Abgeordnetenhauses für die Verwaltungs-gesetze ist die erste Lesung des Entwurfs über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung zu Ende gelangt. Dabei haben die sogenannten „Uebergangsbestimmungen“ dasjenige Schicksal erlitten, welches nach der Plenarberatung vorherzusehen war, und wodurch, wenn das Plenum den Beschluß der Kommission ratifizirt, auch die etwaige Annahme dieses Gesetzes durch die beiden Häuser des Landtags für mehrere Jahre ohne praktische Bedeutung sein würde. Jene „Uebergangsbestimmungen“ gingen nach dem Entwurfe der Regierung bekanntlich dahin, daß in denjenigen Provinzen, welche neue Kreis- und Provinzialordnungen noch nicht haben, die bisherigen, zum Theil feudalen Provinziallandtage die Laienmitglieder der Bezirksverwaltungsgerichte wählen, daß aber Kreisaußschüsse, Bezirks- und Provinzialräthe überhaupt noch nicht gewählt werden sollen, so daß die betreffenden Staatsbeamten ohne solche Mitwirkung von Laien die Geschäfte bis zur Reform der Kreis- und Provinzial-Ordnungen der betreffenden Provinzen erledigen sollten. Dem gegenüber beantragte Herr v. Bennigsen in der Kommission, das Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung solle für Posen, die neuen und westlichen Provinzen erst gleichzeitig mit den neuen Kreis- und Provinzialordnungen in Kraft treten. Herr v. Seere-man, der die den Entwürfen ganz besonders abgeneigte Haltung des Zentrums auch in der Kommission konsequent bekundet hatte, ging noch weiter und wollte für Posen, die neuen und westlichen Provinzen vorläufig über die Organisation der Verwaltung gar keine Entscheidung getroffen sehen, das vorliegende Gesetz vielmehr nur für die sogenannten Kreisordnungsprovinzen erlassen. Dieser Antrag spielte in der Debatte keine erhebliche Rolle und wurde nachher mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt; dagegen bemühte sich der Minister des Innern nachdrücklich, den Bennigsen'schen Antrag zu Falle zu bringen. Wenn Graf Eulenburg besonders betonte, auch bei Annahme seiner Uebergangsbestimmungen würde die westliche Hälfte des Staates und die Provinz Posen doch zum Mindesten alsbald derjenigen Reichskontrolle theilhaftig, welche in der Verwaltungsgerichtsbarkeit liegt, so hat er darin vollkommen Recht; indes für alle Liberalen — und diesen schlossen sich die Alerikalen an — war entscheidend, daß durch Annahme der Uebergangsbestimmungen jedes Kompelle für die Regierung fortfallen würde, die Reform der Kreis- und Provinzialordnungen in denjenigen Provinzen, in denen sie noch nicht erfolgt ist, zu bewirken. Dieser für die Regierung jedenfalls bequeme Zustand würde sich noch erheblich bequemer gestalten haben durch Annahme eines vom Minister des Innern im Laufe der Diskussion hingeworfenen Gedankens, der alsbald von einigen konservativen und freikonservativen Mitgliedern zu einem Antrag formulirt wurde: daß nämlich auch die Kreisaußschüsse, Bezirks- und Provinzialräthe in denjenigen Provinzen, welche neue Kreis- und Provinzialordnungen noch nicht haben, durch Wahl der jetzt bestehenden Vertretungskörper gebildet werden sollten. Zu einer Abstimmung über diesen, gänzlich unannehmbaren Antrag kam es nicht, da er durch die Annahme des Antrags Bennigsen, welche mit 13 gegen 7 Stimmen erfolgte, erledigt wurde. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß in der zweiten



Bradford, 3. Februar. Wollse besser, wollene Garne mehr gefragt.  
Liverpool, 3. Februar. Getreidemarkt. Weizen 1 d., Mais 1 d. billiger, Mehl matt. - Wetter: trübe.  
Liverpool, 4. Februar. Baumwoll (Anfangsbericht.) Rutchma-licher Umsatz 12000 Ballen. Stramm. Tagesimport 11000 Ballen amerikanische.  
Newport, 3. Februar. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 13, do. in New-Oreans 12, Petroleum in Newyork 7 1/2, do. in Philadelphia 7 1/2, rohes Petroleum 7, do. Pipe line Certificats 1 D 08 C. Mehl 5 D. 60 C. Rother Winterweizen 1 D. 45 C. Mais (old mixed) 62 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7 1/2. Raffee (Rio-14 1/2. Schmalz (Marke Wilcox) 8 1/2, do. Fairbanks 8 1/2. Speck (short clear) 7 1/2 C. Getreidefracht 3 1/2.

### Produkten-Börse.

Berlin, 4. Februar. Weizen per 1000 Kilo loco 200-240 Mark nach Qualität gefordert, gelber Märkischer - M. ab Bahn bez., per Februar - bez., per April-Mai 22 1/2 bis 22 3/4 bez., per Juni-Juli 22 1/2 bis 22 3/4 bez., Juli-August 21 1/2 bez., per September-Oktober 21 1/2 bis 21 3/4 bez., Gefündigt - Str. - Regulirungspreis - M. - Roggen per 1000 Kilo loco 169 bis 178 M. nach Qualität gef. Russ. - fr. W. bz., inländischer 172 bis 176 Mark ab Bahn bez., Feiner - Mark ab Bahn bez., Kamm. - M. ab B. bez., per Februar 169 bez., per Februar-März 169 bez., per April-Mai 171 1/2 bis 171 3/4 bez., per Mai-Juni 171 1/2 bz., per Juni-Juli 168-168 1/2 bis 168 1/2 bez., per Juli-August 162 1/2 bis 163 1/2 bez., Gef. - Str. Regulirungspreis - M. bez. - Gerste per 1000 Kilo loco 137 bis 200 nach Qualität gefordert. - Hafer per

1000 Kilo loco 138 bis 157 nach Qualität gef., Russischer 142-145 bez., Pommerischer 147-151 bez., Ost- und Westpreussischer 143-146 bez., Schlesischer 147-151 bez., Böhmischer 147 bis 151 bez., Galizischer - bez., per Februar - M., per April-Mai 148 1/2 bez., Mai-Juni 149 1/2 bez., per Juni-Juli 151 1/2 Br. Gef. - Zentner. Regulirungspreis - bezalt. - Erbsen per 1000 Kilo loco 168 bis 205 M., Futterwaare 157-166 M. - Mais per 1000 Kilo loco 145-150 bez., nach Qualität. Rumän. - ab Bahn bez., Amerik. - M. ab Bahn bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,50-30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00-27,00 M. - Roggenmehl incl. Sack, 0: 25,50 bis 24,50 M., 0/1: 24,25 bis 23,50 M., per Februar 24,10 bezalt., per Febr.-März 23,90-23,95 bez., per März-April 23,90-23,95 bez., pr. April-Mai 23,90-23,95 bez., per Mai-Juni 23,90-23,95 bezalt., per Juni-Juli - bez. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - bezalt. - Delfaat per 1000 Kilo Winterraps 235-244 M., S.D. - bez., N.D. - bez., bezalt., Winterraps 230 bis 240 M., S.D. - bez., N.D. - bez. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Fass 53,4 M., flüssig - M., mit Fass 53,7 M., per Febr. 53,3 Mark, per Februar-März 53,3 bez., per März-April - bezalt., per April-Mai 53,5 bez., per Mai-Juni 54,1 M., per September-Oktober 56,6 M. Gefündigt - Str. Regulirungspreis - Mark bez. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 25,5 M., per Februar 24,3 M., per Febr.-März 24,0 M., per März-April 23,8 M., per April-Mai 23,7 M., Septemb.-Oktober 25,2 M. Gefündigt - Zentner. Regulirungspreis - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 60,2 bez., per Februar 59,8-60-59,9 bz., per Februar-März 59,8 bis 60 bis 59,9 bez., per März-April - bez., per April-Mai 60,8 bis 61 bis 60,7 bez., per Mai-Juni 61-61,2-60,9 bez., per Juni-Juli 61,8 bis 62 bis 61,7 bez., per Juli-August 62,5 bis 62,7 bis 62,5 bez., per

August-September 62,7-62,9-62,7 bez. Gefündigt 20,000 Liter. Regulirungspreis 60 bez. (B. B.-3.)

Stettin, 4. Februar. (An der Börse.) Wetter: Starker Nebel. + 1° R. Morgens - Grad R. Barom. 28,10. Wind: SW. - Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber 210-218 M., weißer 212-220 M., per Frühjahr 220 M. bez., per Mai-Juni 220,5-221 M. bez., per September-Oktober 212-213 M. bez. - Roggen höher, per 1000 Kilo loco inländischer 162 bis 167 M., Russischer 162 bis 165 M., per Frühjahr 164-165,5 M. bez., per Mai-Juni 164-165,5 M. bez., per September-Oktober 158,5 M. bez. - Gerste stille, per 1000 Kilo loco mittel Brau-150-158 M., feine do. 160-170 M., Chevalier 172 bis 182 M. - Hafer unverändert, per 1000 Kilo loco inländ. 135-144 M. - Erbsen ohne Fandel. - Winterraps unverändert, per 1000 Kilo loco 220 bis 230 M., per April-Mai 239 M. Br., per September-Oktober 258 M. Br. - Winterraps per 1000 Kilo loco 225-235 M. - Rübsöl flau, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleingehalten flüssiges 54 M. Br., kurze Lieferung 52,25 M. bez., per Februar 52,5 M. Br., per März 53 M. Br., per April-Mai 53,2 M. bez., per Mai 53,25 M. bez., per Septbr.-Oktbr. 56,5 M. Br. - Spiritus fester, per 10,000 Liter vSt. loco ohne Fass 59,3 M. bez., per Februar 59 M. bez. u. Gd., per Frühjahr 60,3-60,5 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 61 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 71,7 M. bez. - Angemeldet: Nichts - Regulirungspreise: Rübsöl 52,5 M., Spiritus 59 M. - Petroleum loco 8,4-8,5 M. tr. bez., Regulirungspreis 8,45 M.

Geutiger Landmarkt: Weizen 210-219 M., Roggen 170-175 M., Gerste 160-170 M., Hafer 143-148 M., Erbsen 159-163 M., Kartoffeln 60-66 M., Heu 2,5-3 Mark, Stroh 27-30 M. (Office-Stg.)

Berlin, 4. Februar. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten gestern Abend etwas abgeschwächt gelaute; in Wien waren die Kreditaktien und in London die preuß. Konfols herabgesetzt; außerdem verminderten hier die niedrigen glasgow's Eisenpreise, neben denen noch ungünstige Privat-Nachrichten vom englischen Eisenmarkt umflogen. Der Ermattung folgten die Umsätze, und der gesammte Verkehr war unbedeutender, als in den letzten vergangenen Tagen. Anfangs stellten sich Kredit-Aktien 4 Mark, Laurahütte und Dortmunder Union 2 Prozent niedriger, und das Geschäft war geringfügig. Dann folgte eine kleine Erholung; die Spekulation erinnerte sich, daß der Bau der

### Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 4. Februar 1880. Preussische Fonds- und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	106,00 bz B
do. neue 1876	4	100,40 bz B
Staats-Anleihe	4	99,60 bz
Staats-Schuld.	3 1/2	95,25 bz G
Do. Schuld.	4 1/2	103,50 bz B
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	94,50 G
do. do.	3 1/2	94,50 G
Schldv. d. B. Rfm.	4 1/2	
Pfandbriefe:		
Berliner	4 1/2	103,20 bz
do.	5	107,40 bz
Landf. Central	4	99,50 bz
Rur- u. Neumark.	3 1/2	93,50 bz
do. neue	3 1/2	96,50 B
do. do.	4	99,50 bz
do. neue	4 1/2	
Brandb. Cred.	4 1/2	90,00 bz B
Ostpreussische	3 1/2	90,00 bz G
do.	4	102,50 bz
do.	3 1/2	90,00 G
Pommersche	4	99,50 G
do.	4	103,30 bz
do.	4 1/2	99,25 bz
Posenische, neue	4	99,50 bz
Sächsische	3 1/2	
Schlesische	4 1/2	
do. alte A. u. C.	4 1/2	
do. neue A. u. C.	4	89,90 bz
Westpr. rittersch.	4	99,00 G
do.	4 1/2	100,90 bz
do. II. Serie	5	
do. neue	4 1/2	103,75 bz
Rentenbriefe:		
Rur- u. Neumark.	4	99,75 G
Pommersche	4	99,60 G
Posenische	4	99,60 G
Rhein- u. Westf.	4	100,00 G
Sächsisch	4	99,60 G
Schlesisch	4	99,60 G
Souveraignes		20,32 G
20-Frankstücke		16,19 G
Dollars		4,18 G
Imperial		
do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten		
do. einl. Leipz.		81,00 bz
Frankf. Banknot.		172,75 G
Deferr. Banknot.		172,00 G
do. Silbergulden		214,75 G
Russ. Noten 100 Rubl.		
Deutsche Fonds.		
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3 1/2	144,10 bz
Geff. Prich. a 40 Th.	4	280,25 G
Bad. Pr.-A. v. 67.	4	135,25 bz G
do. 35 fl. Obligat.	4	178,50 bz
Bair. Präm.-A.	4	135,75 B
Braunschw. 20thl.-L.	4	96,00 bz
Brem. Anl. v. 1874	4 1/2	
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3 1/2	134,00 bz B
Def. St. Pr.-Anl.	3 1/2	126,00 bz
Goth. Pr.-Anl.	5	120,90 bz B
do. II. Abth.	5	118,70 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866	3	186,00 bz
Lübder Pr.-Anl.	3 1/2	183,75 G
Mecklenb. Eisenb.-A.	3 1/2	91,00 bz G
Meininger Loose	4	25,90 bz
do. Pr.-Pdb. 4	4	119,50 G
Oldenburger Loose	3	155,75 bz G
D.-G.-B.-P. 110	5	105,25 bz G
do. do.	5	102,30 bz B
dtich. Hypoth. inf.	4 1/2	102,50 bz
do. do.	4 1/2	100,25 bz
Rein. Hyp.-P. 1	5	100,30 G
Redd. Order-P. 1	5	99,80 bz
do. Hyp.-Pdb. 1	5	99,40 bz

Pomm. S.-B. 1. 120 5	104,75 bz
do. II. IV. 110 5	102,25 G
Pomm. III. rz. 100 5	99,90 bz G
Pr. B.-G.-B. rz. 5	106,00 bz G
do. do. 100 5	102,25 bz G
do. do. 115 4 1/2	102,50 bz G
Pr. C.-B.-Pdb. rz. 4 1/2	
do. inf. rz. 110 5	112,50 bz
do. (1872 u. 74) 4 1/2	
do. (1872 u. 73) 5	
do. (1874) 5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120 4 1/2	103,75 bz G
do. do. 110 5	104,75 G
Schlef. Bod.-Cred. 5	104,25 G
do. do. 4 1/2	103,25 G
Stettiner Nat.-Hyp. 5	101,25 bz B
do. do. 4 1/2	98,10 G
Kruppsche Obligat. 5	110,00 G

Ausländische Fonds.		
Amerik. rz. 1881 6	101,90 bz	
do. do. 1885 6		
do. Bds. (fund.) 5	101,30 bz G	
Norweger Anleihe 4 1/2		
Newyork. Std.-Anl. 6	115,10 bz	
Deferr. Goldrente 4	74,50 bz G	
do. Pap.-Rente 4	62,00 bz	
do. Silber-Rente 4 1/2	62,80 bz	
do. 250 fl. 1854 4	116,00 B	
do. Gr. 100 fl. 1858	334,80 B	
do. Lott.-A. v. 1860 5	126,10 bz G	
do. do. v. 1864	313,25 bz G	
Ungar. Goldrente 6	87,80 bz	
do. St.-Eisb.-A. 5	86,00 bz B	
do. Loose	214,90 B	
do. Schatzsch. I. 6		
do. do. II. 6		
do. do. II. 6		
Italienische Rente 5	82,25 bz	
do. Tab.-Oblig. 6		
Rumänier	8	108,40 G
Finnische Loose	4	48,90 B
Russ. Centr.-Bod. 5	78,40 bz	
do. Engl. A. 1822 5	85,80 bz	
do. do. A. v. 1862 5	86,50 bz	
Russ.-Engl. Anl. 3		
Russ. fund. A. 1870 5		
Russ. conf. A. 1871 5	88,10 bz	
do. do. 1872 5	88,10 bz	
do. do. 1873 5		
do. do. 1877 5	90,70 bz	
do. Bod.-Credit 5	79,70 bz	
do. Pr.-A. v. 1864 5	153,00 bz	
do. do. v. 1866 5	152,50 bz	
do. 5. A. Stiegl. 5	61,50 bz	
do. 6. do. do. 5	84,90 bz	
do. Pol. Sch.-Obl. 4	82,25 bz	
do. do. kleine 4		
Poln. Pdb. III. C. 5	65,30 bz G	
do. do.	4	
do. Liquidat. 4	57,30 bz G	
Türk. Anl. v. 1865 6	10,75 bz B	
do. do. v. 1869 6		
do. Loose vollges. 3	32,00 bz B	

### \*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.		
do. 100 fl. 2 M.		
London 1 Str. 8 T.		
do. do. 3 M.		
Paris 100 Fr. 8 T.		
Big. Wpl. 100 fl. 3 T.		
do. do. 100 fl. 2 M.		
Wien öst. Währ. 8 T.	172,70 bz	
Wien öst. Währ. 2 M.	171,90 bz	
Petersb. 100 R. 3 M.	214,25 bz	
do. 100 R. 3 M.	212,65 bz	
Warschau 100 R. 8 T.	214,30 bz	
*) Zinsfuß der Reichs-Bank für		
Disconto 1. für Lombard 5 Pct., Bank-		
disconto in Amsterdam 3, Bremen -		
Brüssel 3, Frankfurt a. M. 4, Ham-		
burg - Leipzig - London 3, Paris		
3, Petersburg 6, Wien 4 Pct.		

Sekundärbahnen dem Eisenbahnmarkt eine neue Stütze gewähren würde, und die Kurse der genannten Papiere erholten sich. Eisenbahnaktien lagen im ganzen still; Mainzer anziehend; österreichische Eisenbahnwerthe fanden wenig Beachtung. Disconto-Kommandit-Antheile waren eine Kleinigkeit schwächer. Fremde Renten lagen im ganzen still; russische Anleihen waren etwas matter, österreichisch-ungarische Renten nur in geringem Verkehr. Die gegen baar gehandelten Aktien blieben vernachlässigt; Eisenbahnpapiere und Bankaktien behauptet, Bergwerkspapiere theilweise angeboten. Anlagewerthe behaupteten sich gut; nur Konfols waren schwach und in Posten ange-

### Bank- u. Kredit-Aktien.

Babische Bank	4	107,00 G
Bl. f. Rheinl. u. Westf.	4	48,00 bz B
Bl. f. Sprit- u. R.-H.	4	59,50 bz G
Berl. Handels-Ges.	4	106,00 bz G
do. Kassen-Verein	4	165,00 G
Breslauer Dis.-Bf.	4	98,00 bz G
Centralb. f. B. u. S.	4	24,00 bz
Coburger Credit-B.	4	94,70 bz B
Cöln. Wechselbank	4	109,40 bz
Danziger Privatb.	4	110,25 G
Darmstädter Bank	4	147,00 bz B
do. Zettelbank	4	106,50 B
Deffauer Creditb.	4	93,00 G
do. Landesbank	4	124,00 G
do. 1872 u. 73	4	142,75 bz G
Deutsche Bank	4	112,75 bz
do. Genossensch.	4	112,75 bz
do. Hyp.-Bank	4	96,40 bz
do. Reichsbank	4 1/2	160,75 bz G
Disconto-Comm.	4	193,00 bz
Geraer Bank	4	97,50 bz G
do. Handelsb.	4	55,10 bz G
Gothaer Privatb.	4	100,25 bz G
do. Grundcred.	4	94,40 bz
Hypothek. (Hübner)	4	
Königsb. Vereinsb.	4	100,00 B
Leipziger Creditb.	4	148,50 bz G
do. Discontob.	4	90,00 bz G
Magdeb. Privatb.	4	116,00 G
Medlb. Bodencred. jr.	4	61,00 G
do. Hypoth.-B.	4	81,90 bz B
Meining. Creditb.	4	102,00 bz G
do. Hypothekensb.	4	94,50 bz G
Niederlausitzer Bank	4	103,40 bz
Norddeutsche Bank	4	162,50 B
Nordd. Grundcredit	4	69,00 bz G
Deferr. Kredit	4	
Pofener Spiritaktien	4	49,00 bz G
Petersb. Intern.-Bf.	4	101,50 bz
Pofen-Landwirthsch.	4	65,00 G
Pofen-Prod.-Bank	4	111,50 G
Preuss. Bank-Anth.	4 1/2	
do. Bodencredit	4	93,00 bz G
do. Zentralb.	4	
do. Hyp.-Spielb.	4	111,25 bz G
Produkt.-Handelsb.	4	77,90 bz B
Sächsisch. Bank	4	121,25 bz G
Schaffhaus. Banko.	4	108,00 bz
Schlef. Bankverein	4	111,50 bz G
Südd. Bodencredit	4	129,50 G

### Industrie-Aktien.

Brauerei Bayenhof	4	20,00 G
Damenb. Rattun.	4	75,50 bz G
Deutsche Bauges.	4	11,50 bz G
Östch. Eisenb.-Bau	4	
Östch. Stahl- u. Eis.	4	
Donnersmarthütte	4	70,00 bz G
Dortmunder Union	4	16,50 bz B
Eggl. Masch.-A.	4	42,25 bz G
Erdmannsd. Spinn.	4	35,75 bz
Flora f. Charlottenb.	4	
Gris u. Röm. Nib.	4	58,50 bz B
Gelsenf. Bergw.	4	137,50 bz G
Georg-Marienhütte	4	125,00 bz B
Gibernia u. Scham.	4	96,75 bz G
Immobilien (Berl.)	4	88,50 bz G
Kramsta. Leinen-F.	4	91,50 B
Lauchhammer	4	52,50 bz G
Laurahütte	4	135,25 bz G
Lüneb. Bergw.	4	75,00 bz G
Magdeburg. Bergw.	4	150,00 bz G
Marienhütte Bergw.	4	84,00 bz G
Menden u. Schm.-B.	4	103,00 bz G
Oberchl. Ei.-Verb.	4	75,25 bz G
Ostend	4	
Rhönir B.-A. Lit. A.	4	97,00 bz B
Rhönir B.-A. Lit. B.	4	66,00 bz B
Selmsf. Bergw. conf.	4	235,00 bz G
Rhein.-Nass. Bergw.	4	100,50 bz G
Rhein.-Westf. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	32,75 bz
Unter den Linden	4	11,60 bz G
Wöhler Maschinen	4	55,25 bz G

### Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Maastricht	4	31,60 bz
Altona-Kiel	4	135,90 bz
Bergisch-Märkische	4	97,90 bz
Berlin-Anhalt	4	101,10 bz G
Berlin-Dresden	4	16,50 B
Berlin-Görlitz	4	24,80 bz
Berlin-Hamburg	4	194,80 bz G
Brl.-Potsd.-Magd.	4	99,50 bz G
Berlin-Stettin	4½	115,40 bz
Bresl.-Schw.-Frbg.	4	94,10 bz
Cöln-Minden	4	148,00 bz G
do. Lit. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	24,90 bz
Hann.-Altenbeken	4	
do. II. Serie		
Märkisch-Potener	4	31,10 bz G
Magd.-Halberstadt	4	147,00 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Lit. B.	4	
Münster-Hamm	4	99,00 G
Niederchl.-Märk.	4	99,90 B
Nordhausen-Erfurt	4	27,00 bz B
Oberchl. Lit. A. u. C.	3½	176,00 bz G
do. Lit. B.	3½	147,90 bz
do. Lit. C.	5	
Ostpreuss. Südbahn	4	62,50 bz G
Rechte Oderuferb.	4	142,90 bz
Rheinische	4	158,40 bz
do. Lit. B. v. St. gar.	4	99,50 bz
Rhein-Nahabahn	4	13,50 bz B
Stargard-Posen	4½	102,75 G
Thüringische	4	155,25 bz G
do. Lit. B. v. St. gar.	4	97,60 bz G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	105,00 G
Weimar-Geraer	4½	52,70 bz B
Albrechtshahn	5	28,00 bz B
Amsterd.-Rotterd.	4	120,00 bz G
Aussig-Leptitz	4	186,75 bz G
Böhm. Westbahn	5	95,10 bz G
Brest-Grajewo	5	
Bresl.-Riem	4	
Dur.-Dodenbach	4	66,75 bz
Elisabeth-Westbahn	5	82,75 bz
Kais. Franz Joseph	5	71,30 bz
Gal. (Karl Ludwig.)	5	111,80 bz
Gottthard-Bahn	6	62,00 bz G
Raschau-Dierbach	5	53,25 bz
Ludwigsh.-Verbach	4	199,20 bz
Lüttich-Limburg	4	19,25 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	97,00 bz
Oberhess. v. St. gar.	—	
Destr.-frz. Staatsb.	5	
do. Nordw.-B.	5	285,50 bz
do. Litt. B.	5	257,00 bz G
Reichenb.-Pardubitz	4½	54,80 bz G
Kronpr. Rud.-Bahn	5	66,90 bz
Nast-Abbas	5	
Rumänien	4	48,60 bz
Russ. Staatsbahn	5	139,50 bz
Schweizer Unionb.	4	26,00 bz G
Schweizer Westbahn	4	21,25 bz G
Südöster. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	68,25 bz
Vorarlberger	5	74,30 bz
Warschau-Wien	4	253,10 bz
<b>Eisenbahn-Stammprioritäten</b>		
Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	44,25 bz
Berlin-Görlitz	5	75,50 bz G
Breslau-Warschau	4	
Halle-Sorau-Gub.	5	84,40 bz
Hannover-Altenbeken	5	
do. II. Serie		
Leipz.-Gaschw.-Mö.	5	
Märkisch-Posen	5	100,10 bz
Magd.-Halberst. B.	3½	88,70 bz
do. do. C.	5	121,75 bz
Mariemb.-Mlawka	5	89,30 bz
Nordhausen-Erfurt	5	90,80 bz
Oberlausitzer	5	37,40 bz
Ostpreuss. Südbahn	5	100,00 bz
Posen-Greszburg	5	69,75 bz
So. (E. Köstel) in Posen.		